
Den Wahlerfolg in der weiteren Partei- und Parlamentsarbeit ausbauen

DIE LINKE hat im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf ein sehr gutes Wahlergebnis erreicht. Das war ein Erfolg der politischen Arbeit der Gesamtpartei, der Parteimitglieder, der KandidatInnen, der Wahlkampfleitung, der anerkannt guten jahrelangen Arbeit der bisherigen Bürgerschaftsfraktion und nicht zuletzt der nachhaltigen Unterstützung durch die Bundespartei. Auch die positiv veränderte Grundstimmung gegenüber unserer Partei in der Bevölkerung hat zum Erfolg beigetragen.

Der Wahlkampf unter der strategischen Option »Opposition wirkt« war, bei einigen Meinungsverschiedenheiten bei den Wahlaussagen und einigen organisatorischen Mängeln, eine von der gesamten Partei geschlossen getragene Kampagne, der der Erfolg nicht versagt geblieben ist.

Dieser Erfolg wird durch den Fehlstart der Fraktion gefährdet. Gravierende Fehler führten dazu, dass länger existierende, nicht bewältigte Konflikte eskalierten und die Fraktion die Empfehlungen des Landesvorstands erstens für eine Doppelspitze und zweitens für die Wahl Doras in die Doppelspitze nur im ersten Teil beherzigte.

Nachdem die Fraktion eine neue Fraktionsführung ihres Vertrauens gewählt hat, und die Querelen darum durch den bedauerlichen Austritt der bisherigen Fraktionsvorsitzenden Dora Heyenn aus der Fraktion mit einem Eklat beendet wurden, gilt es, den Schaden zu begrenzen und zur konstruktiven Arbeit zurückzukehren. Dazu sind alle Mitglieder der Partei aufgerufen.

Die wesentlichen Aspekte des Wahlergebnisses

Die geringere Wahlbeteiligung

In ärmeren Stadtteilen stimmen weniger BürgerInnen ab als in wohlhabenden Vierteln. Die Armen verabschieden sich in noch stärkerem Maß von der demokratischen Willensbildung. Während die Wahlbeteiligung in Nienstedten bei 75,6% und in Wellingsbüttel bei 73,8% lag, betrug sie in Steilshoop 43,8%, in Billstedt 40,6%, in Jenfeld 37,6%, und in Billbrook sogar nur 26,3%.

Dass BürgerInnen in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen weniger häufig von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, beobachten Wahlforscher seit längerer Zeit. Gründe liegen in den dramatischen Erfahrungen zunehmender Exklusion und damit verbunden an dem Verlust an politischem Interesse, schwächerer Parteibindung, mangelndem Zutrauen in die eigenen Kompetenzen und dem fehlenden Glauben, durch politisches Engagement etwas bewirken zu können.

Nutznieser dieser Entwicklung sind die Profiteure neoliberaler Politik und ihre politischen Sachwalter, die die sich verfestigende soziale Spaltung in der Stadt billigend in Kauf nehmen.

Im Ergebnis sind wir nicht nur mit einer Erweiterung des Parteiensystems nach rechts konfrontiert, sondern auch mit einer Abwendung von Teilen der Wählerschaft vom

politischen System. Diese »Bewegung der Armen« in der Wahlenthaltung hat bei der Bürgerschaftswahl weiter zugenommen und die wachsende soziale Ungleichheit verstärkt diese Entwicklung.

Die eigentliche Überraschung der Hamburger Bürgerschaftswahl liegt in der Aufsplitterung des bürgerlichen Lagers. Entgegen den Erwartungen vieler Politikexperten ziehen die Freien Demokraten mit 7,4% und die rechtspopulistische Alternative für Deutschland mit 6,1% in die Bürgerschaft ein. Die AfD setzt mit etwa 42.000 Stimmen ihren Aufstieg fort. Sie blieb zwar deutlich hinter den Ergebnissen in den neuen Bundesländer zurück, kann sich aber gleichwohl Hoffnung machen, den Einbruch in das etablierte Parteiensystem geschafft zu haben.

Die Sozialdemokratie hat nur wenige Wählerstimmen verloren. Sie hat zwar ihre Wirtschaftskompetenz in den Augen der WählerInnen auf einen bisher nie erreichten Spitzenwert gesteigert, zugleich aber bei der sozialen Gerechtigkeit an Kompetenz verloren.

Stärken der LINKEN

DIE LINKE konnte sich als politische Kraft profilieren, die die wachsende soziale Spaltung und Armutsentwicklung zum politischen Thema gemacht hat. Sie hat besonders im Bereich Kampf für soziale Gerechtigkeit und Wohnen an Ansehen gewonnen. An diese Entwicklung gilt es in Partei und Parlamentsfraktionen anzuknüpfen und die von uns im Wahlkampf vorrangig genannten Ziele politisch umzusetzen.

Soziale Gerechtigkeit – soziale Spaltung bekämpfen

Hamburg ist eine sozial tief gespaltene Stadt, in der seit Jahren die Kürzungspolitik die gesellschaftlichen Gegensätze verschärft. Die Hansestadt liegt inzwischen gemessen an der Armutsgefährdungsquote deutlich über dem durchschnittlichen Armutsniveau in Deutschland (15,9%). 2013 waren 16,9% der Bevölkerung von Armut betroffen, das waren knapp 300.000 BürgerInnen.

Rigoros werden Ausgaben weiter gekürzt. Das trifft Beschäftigungs- und Sozialpolitik in schwerwiegender Weise und verstärkt die soziale Spaltung bis weit in die Mittelschicht hinein. Das betrifft alle Lebensbereiche: Arbeit, Wohnen, Bildung, Gesundheit und Kultur. Hamburg ist die Hauptstadt der Kinder- und Altersarmut. Immer mehr Beschäftigte in Hamburg haben einen unsicheren Arbeitsplatz.

Dem gilt es in der Hamburger Bürgerschaft mit dem von uns geforderten sozial-ökologischen Investitionsprogramm zu begegnen. Die Schuldenbremse, die ein Investitionsprogramm im notwendigen Umfang nicht zulässt, muss abgeschafft werden und wieder aus der Hamburger Verfassung gestrichen werden.

Dazu gehört wie bisher:

Hartz IV muss weg. Und: Keine »Null-Euro-Jobs«

Hamburg kann Hartz IV nicht abschaffen. Hamburg ist aber bei der Verwaltung der Erwerbslosen Partner der Bundesagentur für Arbeit. Wo immer es geht, hat die Bürgerschaftsfraktion die Aufgabe, einzugreifen und sich für die Verbesserung der Situation der Erwerbslosen einzusetzen. Insbesondere haben wir die aktuelle Aufgabe, den Plänen des Sozialsenators für »Null-Euro-Jobs« entgegenzutreten.

Fahrpreise im HVV müssen runter

Wer einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr will, muss für erschwingliche Fahrpreise sorgen. Die Fahrpreise des HVV sind für kleine Einkommen zu hoch. Die Forderung nach einem echten Sozialticket ist erneut in die Bürgerschaft einzubringen. Weiterhin ist eine Senkung der Fahrpreise einzufordern mit dem Ziel des Nulltarifs.

Bezahlbare Wohnungen und soziale Stadtentwicklung

Wir wollen große, bedarfsgerechte, öffentliche und genossenschaftliche Wohnungsbestände mit sozialen Mieten für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Der Wegfall der Sozialbindung bei Sozialwohnungen muss gestoppt werden. Städtische Grundstücke und Wohnungen dürfen nicht mehr verkauft werden.

Partei und Fraktion sind aufgefordert, bei den aktuellen Wohnungsbauprojekten in allen Stadtteilen sich für diese Ziele einzusetzen und Leerstand, Zweckentfremdung, Spekulation und überhöhte Mieten, wo immer möglich, konsequent zu bekämpfen.

Soziale Stadtentwicklung ist nicht möglich ohne Bürgerbeteiligung. Die Bürgerschaftsfraktion sollte darauf drängen, die Mitwirkungs-, Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten und -rechte der Bevölkerung sowie zivilgesellschaftlicher Gruppen auszubauen, die bezirkliche Ebene rechtlich und finanziell zu stärken und Bürgerentscheide verbindlich zu machen.

Rekommunalisierung von Energienetzen, Energieversorgern, Krankenhäusern, Pflegeheimen

Die begonnene Rekommunalisierung der Energienetze muss entsprechend dem Volksentscheid zu Ende gebracht werden. Wir wollen Verhandlungen zwischen Senat und Vattenfall mit dem Ziel, das Fernwärmenetz noch in diesem Jahr zurückzukaufen. Der Senat ist an den Volksentscheid gebunden, der eine „sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien“ fordert.

Die Bürgerschaftsfraktion ist aufgefordert, als eine der ersten Aktivitäten in dieser Legislaturperiode dieses Ziel einzufordern. Darüber hinaus sind Vorschläge zu entwickeln, wie und mit welchen Bündnispartnern die Ziele der Rekommunalisierung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge in Hamburg erreicht werden können.

CETA und TTIP verhindern

Bundestag und Bundesrat werden dieses Jahr über die Annahme von CETA entscheiden. Hamburg muss im Bundesrat gegen CETA stimmen! Kommt CETA, ist auch der Weg für TTIP bereitet. Das hätte für Hamburg dramatische Folgen: Noch weiter gehende Privatisierungen, die nicht rückgängig gemacht werden können, Absenkung von Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards, Einführung von geheimen Schiedsgerichten, vor denen Konzerne gegen Staaten klagen können, Entmachtung von Parlamenten durch Regulationsräte, die Gesetze und Verordnungen schon im Vorwege auf ihre Übereinstimmungen mit CETA und TTIP überprüfen.

Partei und Fraktion werden mit eigenen Aktivitäten und durch Unterstützung von Bündnisaktionen Druck auf den Senat ausüben, damit er CETA und TTIP ablehnt.

Bildung

Unsere Forderung einer guten Bildung für alle – von der KITA über Schule bis zur Ausbildung, Studium und Weiterbildung ist aktueller denn je.

Besonders dringlich geht es um eine bessere personelle Ausstattung der Kitas und der Allgemeinen Sozialen Dienste, um die Qualität der Kinder- und Jugendarbeit zu erhöhen.

Derzeit laufen die Anmeldungen für die Stadtteilschulen und Gymnasien. Wieder ist festzustellen, dass die Stadtteilschulen, die die Hauptlast der schulischen Bildung zu tragen haben, nicht mit den notwendigen personellen und finanziellen Mitteln unterstützt werden. Gerade in den sozialen Brennpunkten der Stadt ist dies notwendiger denn je. Insbesondere gilt das für die Umsetzung der Inklusion, die die Stadtteilschulen fast ausschließlich allein tragen müssen.

Die Hochschulen brauchen eine bedarfsdeckende staatliche Finanzierung, auch, um die Wissenschaften aus ihrer inhaltlichen Abhängigkeit von privaten Drittmittelgebern zu befreien.

Friedenspolitik ist und bleibt ein zentrales Anliegen der LINKEN

Die zunehmende Zahl der kriegerischen Konflikte ist besorgniserregend und bedarf eines über die übliche Betroffenheitsrhetorik der anderen Parteien hinausgehenden Engagements. Die Proteste gegen die immer häufigere Beteiligung der Bundeswehr an den aktuellen kriegerischen Auseinandersetzungen unterstützen wir.

Die außerparlamentarischen Aktivitäten der Friedensbewegung in Hamburg müssen parlamentarisch verstärkt werden.

Flüchtlinge sollen ein Bleiberecht erhalten

Über 50 Millionen Flüchtlinge weltweit sind von Krieg, Hunger und Vertreibung betroffen. 26.000 davon sind bisher in Hamburg angekommen. Die Menschen, die zu uns kommen, brauchen eine Lebensperspektive. Solidarische Flüchtlingspolitik bedeutet und erfordert, sie von Anfang an als Teil der Gesellschaft zu begreifen, ihre menschenwürdige Existenz zu sichern und ihre Teilhabe zu gewährleisten. Partei und Fraktionen sind gefordert, ein Konzept zur konkreten Umsetzung dieser Aufgabe zu erarbeiten.

Nicht zuletzt muss es endlich für die Gruppe Lampedusa in Hamburg eine Bleiberechtslösung geben.

Aktivitäten zur politisch-moralischen Unterstützung Griechenlands

Die absehbaren tiefgreifenden Veränderungen, die sich nach der Wahl unserer Schwesterpartei Syriza in die Regierungsverantwortung in allen Bereichen Europas ergeben, und die voraussehbar zu Konflikten mit den konservativen und reaktionären Kräften auch in dieser Stadt führen werden, muss zu einer konstruktiven und offensiven Debatte führen.

Die Bürgerschaftsfraktion sollte nicht warten, bis die AfD diese Themen in die parlamentarische Debatte einbringt, sondern im Sinne einer hegemonialen Debattenkultur selbst aktiv werden.

AfD

Mit der AfD ist nun auch in die Hamburgische Bürgerschaft eine rechtspopulistische Partei eingezogen. Mit einer nach rechts gewendeten CDU und den Rechtspopulisten der AfD wird das Klima der politischen Auseinandersetzung in Stadt und Parlamenten rauer werden. Insbesondere bei Themen Flüchtlingen (MigrantInnen) und innere Sicherheit ist mit politischen Initiativen von rechts zu rechnen.

Eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit der AfD-Fraktion darf es auf keinem Feld geben. Die Bürgerschaftsfraktion ist gefordert, in der Bürgerschaft die scharfe inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD zu führen und darauf hinzuwirken, dass sie in der Bürgerschaft isoliert wird.

NOlympia konsequent unterstützen

Partei und Fraktion sind aufgefordert, die bestehende NOlympia-Bewegung in Hamburg auf allen Ebenen zu unterstützen. DIE LINKE lehnt kostenintensive und nicht nachhaltige Sportevents ab, von denen nur die Wirtschaftslobby profitiert. Statt Milliarden für ein 16-tägiges Event zu verschwenden, braucht die Stadt gezielte Investitionen in den Breitensport für Alle.

Wir werden bei der Um- und Durchsetzung unserer Forderungen nur erfolgreich sein, wenn Partei und Fraktionen die Zusammenarbeit und inhaltlichen Austausch in und mit außerparlamentarischen Bewegungen wie Gewerkschaften, Initiativen, Vereinen und Verbänden verstärken.